

Zu Gast im Forum**GATS: Die Enteignung der Bevölkerung****Michel Schultheiss***

Am 31. März müssen alle Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO), unter ihnen die Schweiz, die Sektoren nennen, die sie im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) liberalisieren wollen. Das GATS-Abkommen ist auf die Erfordernisse der transnationalen Konzerne zugeschnitten. Zur Sicherung ihres Profits werden alle sozialen Rechte und Umweltanliegen massiv beschnitten.

Es geht um den Service public

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS: General Agreement on Trade in Services) ist ein Vertrag der Welthandelsorganisation, der demnächst in neuen Verhandlungen erweitert werden soll. Insbesondere steht die Liberalisierung und Privatisierung zahlreicher Sektoren des Service public an.

Nachdem die Mitgliedsländer der WTO Ende Juni 2002 ihre Marktöffnungsforderungen an andere Länder eingereicht hatten, tagt die WTO erneut Ende März 2003 an ihrem Sitz in Genf. Nun geht es um die Marktöffnungsangebote der verschiedenen Länder. Betroffen von den künftigen Verhandlungen sind sämtliche Bereiche des öffentlichen Sektors, in denen bisher «Handelshemmnisse» herrschten – das heisst, in denen private Anbieter bisher nicht oder nur beschränkt tätig sein können: Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Elektrizität, Post, Telekommunikation, Wasserversorgung, Umweltdienste wie Müllabfuhr usw.

Angriff auf die öffentlichen Dienste

Ein wesentliches Ziel der WTO ist es, die so genannte «Inländerbehandlung» durchzusetzen, nach der ausländische Anbieter auf einem Markt unter den gleichen Bedingungen wie inländische Anbieter tätig sein können. Aus der Sicht der WTO stellt demnach die Finanzierung von öffentlichen Schulen oder Krankenhäusern eine Benachteiligung der (inländischen und ausländi-

schen) privaten «Leistungsanbieter» dar! Konzerne können unter Berufung auf das GATS Regierungen einklagen und auf Entschädigung wegen Wettbewerbsnachteilen pochen. So klagte der Konzern UPS kürzlich im Rahmen der nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) gegen die kanadische Post. UPS fordert 160 Millionen Dollar Entschädigung, weil die Post ebenfalls Pakete verschickt und durch die staatlichen Subventionen «wettbewerbsverzerrende» Vorteile genießt.

Die Folge dieser Entwicklung wird sein, dass Subventionen abgebaut werden müssen. Dies bedeutet über kurz oder lang einen massiven Einschnitt in die öffentlichen Dienste. Das Prinzip des Service public, nach dem öffentlich finanzierte Dienstleistungen soziale Be-

Karin Vogt**

dürfnisse befriedigen sollen, wird völlig untergraben. Damit private Unternehmen mit dem marktwirtschaftlichen Potenzial der Post- oder Verkehrsdienstleistungen Profit machen können, wird die Bevölkerung enteignet. Denn bei der Privatisierung werden die über Jahrzehnte durch Investitionen der öffentlichen Hand aufgebauten Betriebe und Dienste meist weit unter ihrem Wert verkauft. In der Folge verschlechtern sich die Dienstleistungen, während die Preise steigen. Die Angebote werden vermehrt auf zahlungskräftige Kundschaft wie Firmen ausgerichtet, wie es das Beispiel der schweizerischen Post eindrücklich zeigt. Die Angestellten dieser Sektoren sind mit einer massiven Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und mit Massenentlassungen konfrontiert.

Geheimverhandlungen

Die WTO betreibt die Verhandlungen über die Liberalisierung von lebenswichtigen Dienstleistungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Für die Schweiz bestimmt eine Abteilung des Seco, des Staatssekretariats für Wirtschaft, welche Bereiche «die Schweiz» (sprich: die Schweiz der Konzerne) im Inland und in anderen Ländern liberali-

sieren will. Die «Forderungen» und «Angebote» der verschiedenen Länder in Sachen Marktöffnung entziehen sich jeglicher demokratischen Kontrolle. Wird ein Sektor liberalisiert, kann dies nur rückgängig gemacht werden, wenn dafür einem anderen, gleichwertigen Sektor das Gleiche widerfährt. Das derzeitige Verhandlungsprozedere zeichnet sich also durch äusserste Intransparenz aus, da abgesehen vom Seco und in beschränkter Masse von der Aussenpolitischen Kommission des Parlaments niemandem sonst Einblick (geschweige denn Mitbestimmungsrecht) in die Liberalisierungslisten gewährt wird. Erst im April, d.h. nach dem WTO-Abgabetermin, wird dieser Angebotskatalog angeblich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Welt ist keine Ware

Immer mehr Menschen wehren sich heute gegen diese Entwicklung. In den letzten Jahren ist die globalisierungskritische Bewegung stark angewachsen. Diese Bewegung sagt Nein zur Macht der Konzerne und der Herrschenden. Sie fordert eine andere Welt, in der die Bedürfnisse der Bevölkerung im Zentrum stehen. Bis zum 29. März finden Aktionen gegen das GATS statt, in denen europaweit gegen die Geheimverhandlungen hinter dem Rücken der Bevölkerung und gegen den Ausverkauf des Service public protestiert wird. Attac beteiligt sind an diesen Protesten.

* **Michel Schultheiss**, geb. 1982, attac Basel.

** **Karin Vogt**, geb. 1968, attac Basel.
<http://www.attac.org>

Basler Zeitung 22.03.2003

Von Ivo Myri

mit der Bitte,
diese Informationen
möglichst rasch
möglichst breit
zu streuen.

Es wird Zeit, dass
die Schweizer erwachen.

I. Myri, 29.3.2003